



## Informationen der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe des Kantons Solothurn

*Geschäftsstelle: Andreas Gasche · Kantonal-Solothurnischer Gewerbeverband · Hans Huber-Strasse 38 · 4500 Solothurn  
Telefon 032 624 4 624 · Mobile 079 629 02 44 · andreas.gasche@kgv-so.ch · www.wirtschaftspolitik-so.ch*

### Stellungnahme zu den Geschäften der bevorstehenden Kantonsratssession

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe hat an seiner Vorstandssitzung vom 21. Juni 2021 die wirtschaftsrelevanten Geschäfte<sup>1</sup> für die bevorstehende IV. Kantonsrats-Session vom 6. & 7. Juli 2021 beraten. Wir erlauben uns, Sie über die Empfehlungen des Vorstandes der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe zu informieren.

#### 11 SGB 042/2021 Förderkonzept zur Dekarbonisierung/Elektrifizierung des strassengebundenen öffentlichen Verkehrs im Kanton Solothurn (BJD)

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Die Mehrheit des Vorstandes empfiehlt dem Kantonsrat, dieses Geschäft zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.**

**Begründung:** Das Geschäft wird dem Kantonsrat nur zur Kenntnisnahme unterbreitet. Die öffentliche Hand hat im Bereich Dekarbonisierung eine Vorbildfunktion. Die Mehrkosten dürften sich im Verlaufe der Zeit relativieren. Einerseits ist zu erwarten, dass die Preise für die fossilen Treibstoffe auch ohne das CO<sub>2</sub>-Gesetz steigen werden. Auf der anderen Seite wird auch die Erforschung der technologischen Umsetzungen zu günstigeren Lösungen führen. Aus der Sicht des Vorstandes der PG W + G ist es wichtig, dass man die Dekarbonisierung unter dem Aspekt der Technologieneutralität weiterverfolgt, sowohl bezüglich Antriebe (Strom, Wasserstoff, Biogas, Synthetische Treibstoffe, etc.) wie auch bezüglich Ladetechnik (Depotlader vs. Streckenlader). Zudem sollen die Mehrkosten nicht über Betriebsbeiträge abgegolten werden, sondern über Investitionsbeiträge oder Pauschalen.

Beim System der Betriebsbeiträge werden technologische Entwicklungen und die Entwicklung des Marktes nicht berücksichtigt. Bei einer vollständigen Dekarbonisierung und Umstellung auf Elektrizität müssen Herausforderungen wie Strommangellage oder gar Stromausfall berücksichtigt werden.

#### 14 A 073/2020 Auftrag Anna Rüefli (SP, Solothurn): Verpflichtung zur staatlichen Mitfinanzierung von Angeboten der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung (DDI)

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Wortlaut des Regierungsrates zuzustimmen.**

**Begründung:** Bei dieser Vorlage hat der Vorstand der PG W + G zwei Herzen in der Brust. Auf der einen Seite gehören die Angebote der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung in die Hoheit der Gemeinden. Es kann auch nicht sein, dass nun Kleinst- und Kleingemeinden verpflichtet werden, solche familienergänzende Strukturen zu schaffen. Der Bedarf (ein paar wenige Familien reichen nicht) muss klar nachge-

<sup>1</sup> Die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft und Gewerbe behandelt in erster Linie Sachgeschäfte, Rechtsetzungsgeschäfte und Aufträge. Der Vorstand nimmt in der Regel keine Stellung zu Interpellationen.



wiesen sein. Weiter sollen Anreize geschaffen werden, dass Gemeinden über die Gemeindegrenzen hinweg zusammenarbeiten. Ein guter Ansatz ist hierbei die Subjekt- statt Objektfinanzierung. Die Gemeinden sollen ihre Angebots- und Finanzierungspflichten grundsätzlich selber festlegen!

Das andere Herz ist das des familienfreundlichen Arbeitgebers, der sich mit dem Thema Fachkräftemangel auseinandersetzen muss. Es muss das Ziel sein, dass Personen, welche trotz Kindern wieder in die Arbeitswelt zurück möchten, familien- und schulergänzende Strukturen vorfinden und diese bezahlbar sind.

In diesem Sinn stimmt der Vorstand der PG W + G dem Wortlaut des Regierungsrates zu und fordert diesen auf, einen Weg zu finden, der möglichst wenig reguliert und den Gemeinden die Freiheit lässt, diese Thematik nach ihren Möglichkeiten umzusetzen.

**16 A 130/2020 Auftrag Fraktion SP/junge SP: Energieausweis für Gebäude (VWD)**

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Die grosse Mehrheit des Vorstandes empfiehlt dem Kantonsrat den Vorstoss abzulehnen.**

**Begründung:** Die PG W + G lehnt den Vorstoss ab. Die PG W + G ist der Auffassung, dass der GEAK ein gutes Instrument ist. Der Vorstand wehrt sich aber dagegen, dass der GEAK verpflichtend eingeführt werden soll. Der Immobilienmarkt wird die Nachfrage regeln. Eine kleine Minderheit im Vorstand wird dem Wortlaut des Regierungsrates zustimmen.

Im Kanton Solothurn läuft zurzeit eine Überarbeitung des Energiekonzepts 2014, wo das Thema GEAK-Pflicht, breit abgestützt, ebenfalls Teil der Diskussion sein wird.

**27 RG 116/2021 Teilrevision der Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit Covid-19 (Härtefallverordnung-SO) (VWD)**

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, diesem Geschäft zuzustimmen.**

**Begründung:** Der Kantonsrat hat nicht zuletzt auf Druck der PG W + G verlangt, dass die Entscheide im Bereich der Härtefallmassnahmen anfechtbar sind. Der vom Regierungsrat gewählte Weg ist einfach umsetzbar und entspricht dennoch dem Willen des Kantonsrates.

**29 AD 099/2021 Dringlicher Auftrag fraktionsübergreifend: Weiterführung der zentralen Beschaffung für die Feuerwehren (VWD)**

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dieses Geschäft in seinem ursprünglichen Wortlaut zu unterstützen. Wir lehnen den Wortlaut des Regierungsrates ab.**

**Begründung:** Bei der zentralen Beschaffung für die Feuerwehren sind zwei Aspekte zu beachten. Einerseits führt die zentrale Beschaffung zu tieferen Preisen bei den Feuerwehren. Für viele Feuerwehren ist diese Art der Beschaffung auch eine Vereinfachung, da gerade bei kleineren Feuerwehren oft das notwendige Knowhow fehlt. Auf der an-



deren Seite wird – vor allem aus gewerblicher Sicht - der Markt ausgeschaltet. Die zentrale Beschaffung führt zu einer Ausweitung der Monopol-Institution resp. der Staatsquote.

Die Gebäudeversicherung leistet auf den persönlichen Ausrüstungen der AdF einen Beitrag von 35%, auch auf FW-Fahrzeugen. Damit "profitiert" auch die SGV und damit der Gebührenzahler (inkl. eine grosse Mehrheit von Industrie und Gewerbe) von einem effizienten, kostengünstigen Einkauf. Damit kann, auch aus wirtschaftlicher Sicht, eine gemeinsame Beschaffung durchaus Sinn ergeben.

Ob ein Zentrallager bei der SGV am richtigen Ort ist, kann mit dem Originaltext des dringlichen Auftrages noch abgeklärt werden. Der Antrag der Regierung fokussiert die Beschaffung zu fest auf die SGV. Es könnte ja sein, dass eine private Organisation oder ein Verein (Feuerwehrverband) diese zentrale Beschaffung organisiert.

**35a RG 117/2021 Änderung der Kantonalen Bauverordnung (KBV) betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer von Baubewilligungen (BJD)**

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, diesem Geschäft zuzustimmen.**

**Begründung:** Der Vorstoss kam auf Grund einer auslaufenden Baubewilligung im TZW Witterswil zustande. Hier hat eine Firma ein Bauvorhaben von X-Millionen aufgrund Corona verschoben. Diese Bewilligung drohte nun abzulaufen. Zusätzlich bekam der kantonale Gewerbeverband ähnliche Hinweise aus den Reihen der Architekten und des Baugewerbes. Der Regierungsrat hat nun beschlossen, dass diese Verlängerung als dauernde Massnahme in die Kantonale Baubewilligung aufzunehmen sei.

**35b AD 100/2021 Dringlicher Auftrag Fraktion FDP. Die Liberalen: Verlängerung der Geltungsdauer von Baubewilligungen zufolge der CoronaPandemie (BJD)**

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

**Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, diesem Geschäft zuzustimmen.**

**Begründung:** Der Regierungsrat hat, wie im Geschäft 35a beschrieben, beschlossen, die vorgeschlagene Verlängerung als dauernde Massnahme in die Kantonale Bauverordnung aufzunehmen. Offenbar hat dabei auch ein Vergleich mit den Fristen in anderen Kantonen eine Rolle gespielt.

---

Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche und konstruktive zweite Session.

Andreas Gasche, Geschäftsführer